



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: „Die Verharmlosung der Pandemie ist unverantwortlich“

Olching, 20.10.2020

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Für die Veranstaltungen im Landkreis Fürstfeldbruck, auf denen teils krude Theorien zu Corona-Maßnahmen geäußert wurden, hat Bundestagsabgeordneter Michael Schrodi wenig Verständnis: „Verantwortung beginnt vor Ort. Wer auf einer Veranstaltung sagt, die Menschen sollen sich einfach nicht testen lassen, dann sei die Pandemie vorbei, handelt nicht verantwortlich, sondern gefährdet die Gesundheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.“ Werden Frauen auch nicht mehr schwanger, wenn sie keinen Schwangerschaftstest mehr machen? In der Logik der Veranstaltungsteilnehmer scheint das so zu sein. In der realen Welt spielt man so mit der körperlichen Unversehrtheit von Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Völlig inakzeptabel ist eine andere Aussage bei einer Olchinger Kundgebung. Michael Schrodi: „Wenn jemand davon spricht, dass die Maßnahmen zur Eindämmung von Corona ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit seien, ist das nicht mehr tolerierbar!“ Der SPD-Politiker sagt in aller Deutlichkeit, das dieser Vergleich entsetzt: „Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren Dachau und Auschwitz und nicht das Tragen einer Mund-Nasen-Maske.“

Es gehe, so Michael Schrodi, mit den Schutzmaßnahmen darum, Gesundheit und Menschenleben zu schützen, gerade auch derjenigen, die täglich mit Menschen zu tun haben: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel, Pflegerinnen und Pfleger, Beschäftigte in Behörden und viele andere. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit rechtfertigt in Abwägung auch, andere Grundrechte wie die Freizügigkeit zeitlich begrenzt einzuschränken.

Die Bundesrepublik Deutschland ist im internationalen Vergleich bisher gut durch diese Pandemie gekommen. Auch in den nächsten Monaten wolle man Zustände wie in Italien oder Spanien verhindern, bei denen Intensivstationen überfüllt waren und Menschen nicht mehr geholfen werden konnte. Im Fürstfeldbrucker Kreiskrankenhaus sei man im Frühjahr für einige Zeit an der absoluten Kapazitätsgrenze gewesen. Das solle sich nicht wiederholen, so Schrodi weiter.



Was aber nicht gehe, sei die gestern von Ministerpräsident Markus Söder in einer Pressekonferenz zur Schau getragene Missachtung des Parlaments. „Alle Maßnahmen müssen gut begründet sein. Und sie müssen im Regelfall auch im Parlament diskutiert und abgestimmt werden. Das muss auch für die Coronamaßnahmen gelten.“